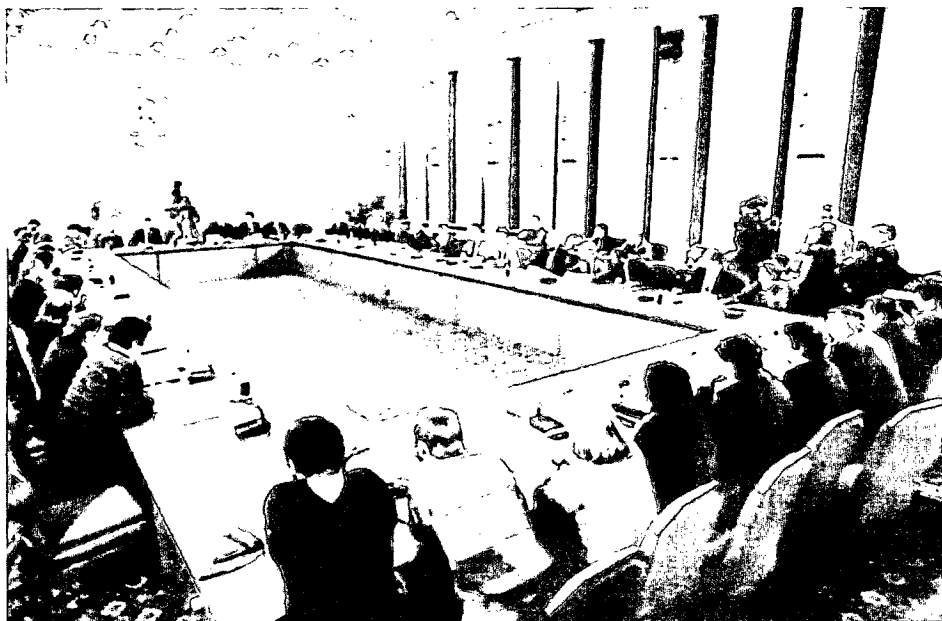




„Runder Tisch“ in Ost-Berlin: „Auf neutralem Boden“

bleme, den Kollegen im Betrieb ihre Abwesenheit vom Arbeitsplatz zu begründen. „Wir wurden“, so Klaus Brandenburg vom Neuen Forum, „als Arbeits-Bummelanten behandelt.“ Die Zeiten sind vorbei.

Nach dem Weihnachtsbeschluß des Kabinetts sind die Rund-Tischler von der „beruflichen Tätigkeit freigestellt ... soweit es für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben am Runden Tisch unbedingt erforderlich ist“.

Mit preußischer Gründlichkeit hat der Ministerrat „Regelungen für Ausgleichsbeziehungsweise Entschädigungszahlungen“ erlassen. Wer über die künftige Verfassung des Landes, über Wahl- und Parteiengesetze mitberät, so der Grundsatzbeschluß, sollte keine Einbußen haben, weder als Festangestellter noch als Freiberufler.

Doch bei näherem Hinsehen gibt es noch Unterschiede. Arbeiter und Angestellte verlieren keinen Pfennig, selbst für den Ausgleich „werkstätiger Fischer“ ist gesorgt, die auf „der Grundlage des Durchschnitts der im letzten Kalenderjahr geleisteten Arbeitseinheiten und der im Betriebsplan der Genossenschaften festgelegten Geld- und Naturalvergütung je Arbeitseinheit“ (Text) entschädigt werden sollen.

Für „Kommissionshändler, selbständige Handwerker, Gewerbetreibende oder sonstige selbständig beziehungsweise freiberuflich Tätige“ legte der sparsame Modrow einen Verdienstausschlag – zu zahlen „durch den zuständigen örtlichen Rat“ – von maximal zehn Ost-Mark pro Stunde, jedoch nicht mehr als 80 Mark pro Tag fest.

Die bislang unumschränkt herrschende SED muß sich unter dem Kürzel PDS („Partei des Demokratischen So-

zialismus“) einen herben Eingriff in ihren Besitzstand gefallen lassen.

Für die „neuen Parteien und politischen Gruppen“, die „für ihre politische Arbeit Räume brauchen“, bestimmte Modrow das Gebäude einer Berliner Kreisleitung zum Ausweichquartier. Das Parteihaus in feinsten Lage – Berlin-Mitte, Friedrichstraße 165 – soll nun der Opposition zur Verfügung stehen, und zwar, wie das Kabinett ausdrücklich festlegte, „möbliert“.

„Weitere für die Herstellung der Arbeitsfähigkeit erforderliche Büroausstattung ist beim Sekretariat des Ministerrats anzufordern und wird gegebenenfalls durch Umverteilung zur Verfügung gestellt“, lautet die Kabinettsorder vom 21. Dezember 1989 – Berlin steht ein großes Tische- und Stühlerücken bevor.

Auch für den verwaisten Wandlitzer Fuhrpark fand Modrows Ministerrunde Verwendung: „Zur Verbesserung ihrer Arbeitsmöglichkeiten können jeder der neuen Parteien und politischen Gruppen zwei Pkw aus dem Bestand des Sekretariats des Ministerrates zur Verfügung gestellt werden“, heißt es unter Punkt 3. Darf Rolf Henrich vom Neuen Forum oder Ibrahim Böhme von der SDP demnächst eine der 14 Karossen chauffieren, die sich das Ehepaar Honecker hielt (siehe Seite 31)?

Finanziert werden soll das neue Parteiengefüge „bis zur Verabschiedung des Parteien- und Vereinigungsgesetzes“ durch einen Kredit der Staatsbank „bis zur Höhe von 6 Mio M“. Was alles darunter fällt, wird nur ganz allgemein umschrieben. Aus dem Staatshaushalt vorfinanziert werden „Bewirtschaftungskosten“, die Gehälter für „hauptamtliche Kräfte“ und überhaupt: die „Aufwendungen ... für politische Arbeit“ – eine

Gummiformel, die vieles möglich macht.

Eine Notbremse immerhin ist vorgesehen: „Die Kontrolle über die aus dem Staatshaushalt vorfinanzierten Mittel“, so beschloß der Ministerrat, „wird durch die Volkskammer geregelt.“

Ohne großen bürokratischen Aufwand dürfen die Tisch-Genossen jetzt eigene Zeitungen drucken. Für republikweit erscheinende Periodika ist (immer noch) der „Presse- und Informationsdienst der Regierung der DDR“ zuständig, für regionale Blätter sind es die „jeweiligen Vorsitzenden des Rates des Bezirks“.

Für „andere Druckerzeugnisse, wie Broschüren, Plakate, Handzettel usw.“, sind allerdings „keine Druckgenehmigungen bzw. Lizenzen“ mehr erforderlich.

Videogeräte, Computer, Kopierer, über die die Etablierten bislang allein verfügten, dürfen von jetzt an sogar zollfrei in die DDR eingeführt

werden – allerdings nur für die politische Arbeit der am Runden Tisch beteiligten Parteien und Gruppen.

Und auch der Zugang zu Presse, Rundfunk und Fernsehen – bislang ein absolutes Monopol der herrschenden (Block-)Parteien – wird nun auch der Opposition „entsprechend der in der Verfassung verankerten Pressefreiheit“ garantiert.

„In Vorbereitung der Wahlen am 6. Mai 1990 sind den sich zur Wahl Stellen den Sendezeiten im Rundfunk und im Fernsehen zur Verfügung zu stellen“, und zwar „sofort“, verkündet Modrows Weihnachtsbotschaft.

Sie war offenbar zur Veröffentlichung nicht vorgesehen: „Dieser Beschluß“, so ein amtlicher Aufdruck, „ist nach Realisierung zu vernichten; die Archivierung erfolgt durch den Herausgeber.“

Währung Spielgeld fürs Essen

Von Neujahr an gilt zwischen der West- und der Ostmark ein neuer Wechselkurs im Verhältnis eins zu drei. Wie kam er zustande?

Woher kam dem DDR-Ministerpräsidenten die Erleuchtung? Woher wußte Hans Modrow beim Besuch von Helmut Kohl in Dresden plötzlich, daß die D-Mark-West exakt drei Ostmark wert ist? Zu diesem Wechselkurs dürfen von Neujahr an, entsprechend Modrows Dresdner Ankündigung, Westbürger ihre

Mark in DDR-Wechselstuben und -Banken tauschen.

Das Bonner Kanzleramt will mit diesem Währungsschnitt nichts zu tun haben: Die DDR habe diesen Kurs souverän festgesetzt und allein darüber entschieden, Wessies vom bisherigen Umtauschkurs von 1:1 zu erlösen.

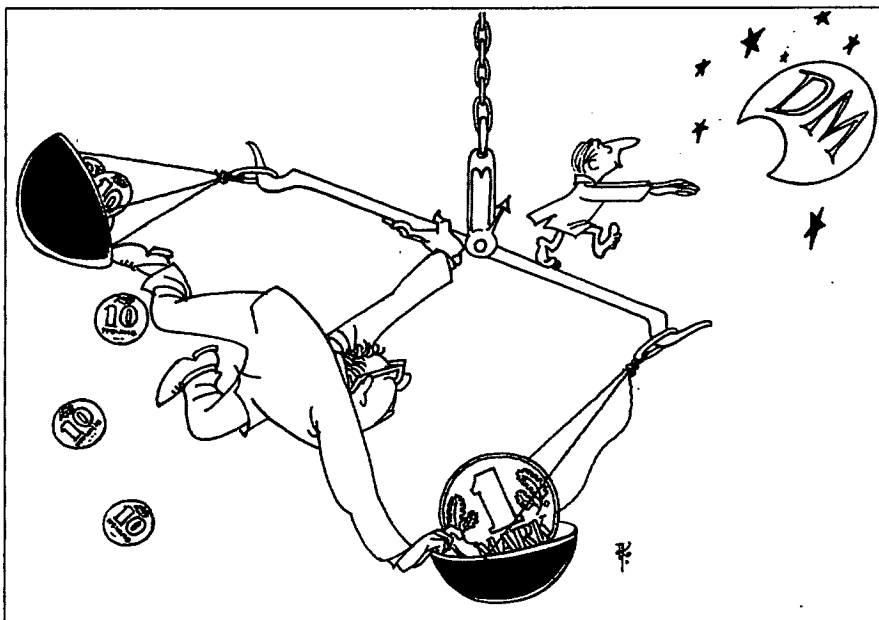
Der galt für den Zwangsumtausch von 25 Mark am Tag ebenso wie für den, allerdings seltenen, Fall, daß ein Westbürger in der DDR freiwillig das östliche „Spielgeld“, so der Besucherjargon, erwerben wollte; und er gilt weiter für den deutsch-deutschen Handel, auch wenn die Eins-zu-eins-Fiktion im Verrechnungsverkehr „Valuta“-Mark heißt.

Umtauschrelationen einer Binnenwährung, deren Wert nicht auf dem

der DDR-Bürger 200 Mark-West kaufen, zum Kurs also von 3:1.

Im Gegensatz zum Vetter im Osten ist dem Onkel aus dem Westen jedoch kein Limit gesetzt. Er kann soviel Ostmark kaufen, wie er kann oder will – und kriegt etwas dafür. Nach neuen Preisen kostet ein bürgerliches Mittagmahl den Westbesucher höchstens vier Mark-West; er kann auch für sechs Westgroschen an einer Linsensuppe (1,75 Mark-Ost) satt werden.

Der Liter Benzin (1,65) kostet Wessies 55 Pfennig, Milch 23 (68) Pfennig, das Kilogramm (hochsubventioniertes) Brot 27 (80) Pfennig, die Flasche Selters 4 (12) Pfennig und eine Schrippe weniger als zwei (5) Pfennig. Preise wie im Schlußverkauf.



Gleichgewichtsprobleme

Neues Deutschland

Weltmarkt von Angebot und Nachfrage bestimmt wird, sind willkürlich – ob 1:1, wie bisher, oder 1:20, wie in den wilden Novembertagen nach Öffnung der Mauer in West-Berliner Wechselstuben. Der neue Kurs von 1:3 paßt ins Kalkül der DDR-Regierung und ins Konzept der Partner in Bonn.

Seit dem 1. Januar zahlt Bonn in den mit der DDR verabredeten Devisenfonds jene 1,4 Milliarden D-Mark ein, die sonst für das übliche Begrüßungsgeld von 100 D-Mark pro DDR-Kopf und Jahr draufgegangen wären. Die Regierung Kohl spendierte zusätzlich 750 Millionen, und 750 Millionen Mark West muß auch die DDR von ihren Deviseneinnahmen einschießen. Für diese knapp drei Milliarden darf jeder gen Westen aufbrechende DDR-Bürger 200 Mark-West erwerben – 100 Mark zum Kurs von 1:1 und 100 Mark zum Kurs 1:5.

Die bizarren Relationen bedeuten per Saldo: Für 600 Mark-Ost kann und wird

Auch Souvenirs sind mehr als billig. Ein Halbedelstein namens Tigerauge etwa, in Silber gefaßt und mit einem Silberkettchen, kostet in Ost-Berlin 35 Mark – jetzt also weniger als 12 Mark-West.

Die Hoffnung der DDR-Devisenexperten, sie könnten die Westdeutschen jetzt zuhauf bewegen, ihr Geld an den Schaltern der Staatsbank abzuliefern, baut auf Ehrlichkeit und Uneigennützigkeit der Besucher. Aber in West-Berliner Wechselstuben wie auf dem DDR-Schwarzmarkt erhält der Verkäufer für eine D-Mark nicht nur drei, sondern leicht zehn Ostmark. Die Einfuhr von Ostdevisen ist zwar verboten. Doch seit Millionen in beide Richtungen wogen, ist das Risiko gegen Null geschnurrt, die Versuchung für Westtouristen und DDR-Bürger gleichermaßen verlockend.

Erst bei einem Kurs von mindestens 1:5, verbunden vielleicht mit einer schär-

feren Strafandrohung, hätten die DDR-Währungshüter eine bessere Chance, den illegalen Ostmark-Schwarzhandel auszutrocknen.

Modrows DDR, die von Repressionen nicht mehr so viel wissen will, geht einen sanften Weg. Westbesucher, die ihre offiziell umgetauschten D-Mark nicht ausgegeben haben, müssen die Ostdevisen an der Grenze nicht zurücktauschen. Sie können sie mit nach Hause nehmen und beim nächsten DDR-Besuch gegen Vorlage der Umtauschbescheinigung reimportieren.

Dieses Verfahren führt dazu, daß Kontrollen de facto ins Leere gehen: Ein DDR-Besucher tauscht offiziell 300 Mark West gegen 900 Mark Ost. Drei Tage später reist er mit 850 Mark Ost erneut ein. Wer will ihm widerlegen, daß er bei seiner ersten Visite nur 50 Mark verbraucht hat? Hat er aber die ganzen 900 Mark ausgegeben, so wäre ihm nie zu beweisen, daß er seine Reisekasse in West-Berliner Wechselstuben 1:10 aufgefüllt hätte.

Doch vielleicht wird die Großzügigkeit ja auch, wie die DDR hofft, als Politik der Stärke gewertet. Die erste Reaktion des Marktes läßt sich jedenfalls so deuten: Am Tag vor Weihnachten verbesserte sich der inoffizielle Ostmark-Kurs von 1:10 auf etwa 1:7.

Union

Höchste Staatskunst

Wird die CSU auf dem Umweg über eine Niederlassung in der DDR zur Bundespartei?

Ein flüchtiger Blick auf die Tagesordnung verheißt Routine: Deutschlandpolitik, Wahlkampf, Wahlprogramm, Strategie. Doch wenn am 16. Januar die Vorsitzenden der beiden Schwesterparteien CDU und CSU, Helmut Kohl und Theo Waigel, über die Marschroute der Schwarzen fürs Wahljahr 1990 beraten, könnte es spannend werden. Die Öffnung der Grenze durch Deutschland und Berlin, die ersten freien Wahlen in der DDR am 6. Mai haben alle Vorbereitungen und Prognosen in den unierten Hauptquartieren durcheinandergewirbelt.

Vor dem 9. November 1989 hielten die Unionsparteien für wahlentscheidend, ob ihnen das Kunststück gelänge, bei den Abstimmungen an der Saar (28. Januar), in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen (beide 13. Mai), in Bayern (Oktober), aber auch Anfang Dezember bei der Bundestagswahl ihre national-konservative Klientel gegen re-